



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/183 - 11.8.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Moskau-Reise und Parteien	S. 1
Folgen des Regierungswechsels in Pakistan	S. 3
Lippes Anschluß an NRW	S. 4

Weichenstellung ohne Opposition

sp - Die amerikanische Regierung sei gern bereit, sich in Moskau dafür zu verwenden, dass bei dem Besuch des Bundeskanzlers auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung behandelt werde. Sie sei aber nicht bereit, in dieser Angelegenheit in Moskau irgendeinen Druck auszuüben, der die gegenwärtigen guten Beziehungen zwischen der amerikanischen und sowjetischen Regierung beeinträchtigen könnte. Das war nach dem Eigenbericht einer großen westdeutschen Zeitung aus Washington das Ergebnis einer Unterhaltung, die der deutsche Botschafter mit dem amerikanischen Außenminister hatte.

Die Meldung liegt genau auf der Linie einer Information, nach der die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Eisenhower und Eden einerseits und Dr. Adenauer andererseits durch die Regierungen in Washington und London deshalb erfolgte, weil nach der auffallenden Weigerung des Bundeskanzlers, den Inhalt seiner Briefe bekanntzugeben, bei den Sowjets erhebliches Misstrauen spürbar geworden sei. Argwohn in Moskau aber ist im Augenblick das, was man in den westlichen Hauptstädten am wenigsten gebrauchen kann.

Die amerikanisch-sowjetische Entspannung, die gerade auch in sozialdemokratischer Sicht ein außerordentlicher Fortschritt ist, hat eben eine entscheidende Veränderung der internationalen Konstellation mit sich gebracht. Das wird man noch häufig und bei den verschiedensten Gelegenheiten zu merken bekommen. Damit ist eine neue Größe in alle künftigen politischen Berechnungen eingeführt, die von jeder Seite berücksichtigt werden muß, nicht zuletzt von der Bundesregierung. Diese

Überlegung, wird auch sowohl bei den Vorbereitungen der Moskareise des Kanzlers als auch während seines Besuches selbst beachtet werden müssen.

Nun ist gegenwärtig viel von der angeblichen Notwendigkeit die Rede, das gewiss sehr wichtige Unternehmen der Fahrt nach Moskau auf eine möglichst breite parlamentarische Basis zu stellen, auch unter Hinzuziehung der Opposition, wie es verschiedentlich heißt. Die ins Auge gefasste Heranziehung der beiden Vorsitzenden des Außenpolitischen Bundestagsausschusses, Abg. Kiesinger (CDU) und Carlo Schmid (SPD) wurde von der FDP als eine "zu starke Institutionalisierung eines wichtigen politischen Vorhabens" bezeichnet. Einfacher und klarer ausgedrückt: die FDP wünscht als Partei vertreten zu sein.

Was die Beteiligung von Vertretern der Parteien betrifft, so liegen die Dinge für die Opposition anders, als für jede Koalitionspartei. Für die Gespräche in Moskau sind, was den westdeutschen Partner anlangt, die Weichen ganz offerbar gestellt. Die Vorbereitungen für die Reise sind seit Wochen im Gange und offensichtlich so gut wie abgeschlossen, die Anweisungen an Herrn von Maltzan für seine abschließenden Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in Paris sind erteilt, die politische Marschroute liegt fest. Sie besagt nach allem, was darüber bisher zu hören war, dass neue, einigermaßen aussichtsreiche Vorschläge oder Anregungen der Bundesregierung in der Wiedervereinigungsfrage, wie sie von sozialdemokratischer Seite immer wieder gefordert wurden, nicht zu erwarten sind. Der Kanzler legt Wert darauf, ausschließlich eine Politik der Pariser Verträge und der westdeutschen Aufrüstung zu vertreten, nicht eine gemeinsame Konzeption von Regierung und Opposition, die vorher hätte erarbeitet werden müssen. Er ist nicht auf die Vorschläge eingegangen, die die SPD unterbreitet hat, um eine günstigere Ausgangsposition für Verhandlungen mit den Sowjets über die deutsche Wiedervereinigung zu schaffen.

Unter diesen Umständen wäre eine Beteiligung der SPD an der Reise nach Moskau zwecklos und politisch unlogisch, ganz abgesehen davon, dass es sich um eine Einladung an den Bundeskanzler bzw. die Bundesregierung handelt. Es wird sich bei dieser Gelegenheit erweisen, wie weit die Bundesregierung sich mit ihren Vorstellungen von einem möglichen Weg zu einer friedlichen deutschen Wiedervereinigung bei ihren Gesprächspartnern wird durchsetzen können.

Entspannung auf dem indischen Subkontinent ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Entwicklung in Pakistan ist in eine neue Phase getreten, die für das Land und für ganz Asien von weittragender Bedeutung werden kann.

Pakistan hat seit seiner Gründung im Jahre 1947 keine starke Regierung gekannt. Bisher sind keine Wahlen abgehalten worden, die einer der Parteien das Mandat zur Durchführung wesentlicher Reformen hätten geben können. Die Moslem Liga, auf Grund ihrer führenden Rolle während des Kampfes um einen mohammedanischen Staat die stärkste Partei des Landes, hat bisher die Regierung geführt. Vor wenigen Tagen aber ist Mohammed Ali als Vorsitzender der Moslem-Liga abgelöst worden, er mußte daraufhin auch sein Amt als Ministerpräsident niederlegen.

Überraschend ist, dass die Moslem-Liga nicht in der Lage war, einen neuen Ministerpräsidenten in ihren eigenen Reihen zu finden. Man wandte sich an die beiden Oppositionsparteien - die Awami-Liga und die Vereinigte Front und betraute den Führer der Awami-Liga, Mr. Suhrawardy, mit der Bildung des neuen Kabinetts.

Mr. Suhrawardy gehörte schon immer zu den führenden Persönlichkeiten Pakistans. Seine Laufbahn ist charakteristisch für die Partei, die er vertritt. Er hat in England studiert, war kurz vor der Teilung Indiens Ministerpräsident von Bengal. Zur Zeit seiner Regierung fanden die blutigen Kämpfe statt, denen Tausende zum Opfer fielen und die schließlich zur Trennung Ost- und West-Bengals führten. Danach zog sich Mr. Suhrawardy einstweilen aus dem politischen Leben zurück. Er ging zu Gandhis Bewegung über, lebte mit Gandhi und für Gandhis Ziele. Doch er blieb nicht lange in dieser Zurückgezogenheit. Als er nach Pakistan zurückkehrte, gründete er die Awami-Liga, eine fortschrittliche Partei, die im Gegensatz zur Moslem-Liga eine säkulare Staatsform für Pakistan anstrebt. Diese Liga fand bald eine zahlreiche Anhängerschaft, da die Persönlichkeit Suhrawardys, sein Intellekt, seine Integrität und sein Organisationstalent Vertrauen einflößten.

Anlässlich der Wahlen in Ost-Pakistan im vorigen Jahr verband sich die Awami-Liga mit der Vereinigten Front des 80-jährigen Staatsmanns Fazlul Huk gegen die Moslem-Liga. Diese Allianz errang einen überragen-

den Wahlsieg. Fazlul Huk wurde Ministerpräsident von Ost-Pakistan (Ost-Bengal). Darauf einsetzende Ausschreitungen gaben der Zentralregierung in Karachi Grund, Fazlul Huk unter Hausarrest zu halten und eine Militärverwaltung mit der einstweiligen Regierung zu betrauen. Mr. Suhrawardy war zu dieser Zeit in Europa, und man sagt ihm nach, dass er sich ganz bewusst diesem Konflikt ferngehalten habe. Er kehrte erst zurück, als die Ordnung wieder hergestellt war und Fazlul Huk und seine Mitarbeiter wieder auf freiem Fuß waren.

Die Wahl Suhrawardys zum Ministerpräsidenten wird zweifellos von wesentlicher Bedeutung für Pakistans Zukunft sein. Suhrawardys fortschrittliche Einstellung verspricht, dass im Rahmen des Möglichen liegende wirtschaftliche und soziale Reformen in Angriff genommen werden, die auch die hemmenden religiösen Einflüsse wesentlich beschränken könnten. Der neue Ministerpräsident Pakistans, der als ehemaliger Mitarbeiter Gandhis, ein Freund Indiens ist, wird fraglos auch den Kashmir-Konflikt zu lösen suchen sowie andere Streitfragen, die heute noch die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan trüben. Eine derartige Entspannung müsste zur Stabilisierung des Friedens in Asien im allgemeinen wesentlich beitragen.

* * *

Lippe fühlt sich überfahren

Bericht aus einem sehr kleinen Land

w., Detmold

Die 270 000 Bewohner des kleinen Landes Lippe, das auf eine 800 jährige Geschichte unter dem Wappen der Weissen Rose stolz ist, sind durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts seit gut sechs Wochen unwiderruflich Bürger von Nordrhein-Westfalen und können im Rahmen des Landes keine Sonderstellung beanspruchen. Der Verfassungsverstreit ist seit 1952 im Gang. Dabei ging es weniger um die staatsrechtliche Zugehörigkeit Lippes, als um sein kulturelles Eigenleben - auf das man hier sehr stolz war und noch ist.

Lippe-Detmold war 1947 zusammen mit Minden-Ravensberg durch die Verordnung Nr. 77 der britischen Militärregierung vorbehaltlich einer im Lauf von 5 Jahren durchzuführenden Volksabstimmung zu Nordrhein-Westfalen geschlagen worden. Im darauffolgenden Jahr verabschiedete der Düsseldorfer Landtag ein entsprechendes Gesetz, das jedoch keine Bestimmung über diese Volksbefragung enthielt. Der Landtag erklärte lediglich, dass er sich an die Bestimmungen der Verordnung 77 halten werde. Das

hatte kaum mehr als deklamatorischen Charakter, da diese Erklärung auf eine Anfrage der Militärregierung abgegeben wurde.

Entscheidender Hintergrund in dem Verfassungsstreit ist die sog. "Punktation". Vor Erlass der britischen Verordnung war zwischen dem Landespräsidenten von Lippe, dem Sozialdemokraten Drake, und dem von Westfalen, dem späteren Zentrum-Ministerpräsidenten von NRW, Amelunxen, vereinbart worden, dass der Anschluß Lippes an Westfalen resp. an NRW die kulturellen Einrichtungen Lippes und insbesondere die dort seit über 100 Jahren bewährte Gemeinschaftsschule nicht beeinträchtigen dürfe. Durch diese Feststellung wollte sich das damals zu 94 % - jetzt durch die Flüchtlinge noch zu 85 % - evangelische Lippe gegen eine Katholisierung schützen. Aber auch die Punktation wurde als gentlemen-agreement aufgefasst und nicht in den Staatsvertrag aufgenommen. Der neue Ministerpräsident Karl Arnold von der CDU stellte sich dann auf den Standpunkt, dass ihr und die neue Landesregierung eine solche Vereinbarung nicht binde. Da Lippe auf anderen Wegen nicht weiterkam, wurde in Karlsruhe die Zugehörigkeit des Landes zu NRW überhaupt ohne vorherige Volksabstimmung zur Debatte gestellt.

1952 war in Düsseldorf mit der schwachen Regierungsmehrheit von CDU und Zentrum gegen alle anderen Parteien ein Schulgesetz angenommen worden, dass jede Gemeinde zur Einrichtung einer Bekenntnisschule zwingt, wenn die Eltern von 40 Kindern einen entsprechenden Antrag stellen. Bei dem überwiegend evangelischen Charakter des Landes handelt es sich dabei um katholische Schulen, deren Einrichtung die lippischen Gemeinden etwa 5 Mio DM kosten werden. Die Kirchen und katholische Verbände üben dabei einen starken Druck auf die Eltern aus, die meist als Vertriebene ins Land kamen und keineswegs sonderlich begeistert sind, auf diese Weise etwas wie einen Eindruck von Außenseitern zu machen.

Die Landesregierung in Düsseldorf hat jetzt zwar ihr Ziel erreicht; Lippe gehört zu NRW und die zum 1. April dort geltenden Schulgesetze können weiter durchgeführt werden. In Kreisen der lippischen Bevölkerung, die weitaus die Mehrheit ausmachen, fühlt man sich jedoch überfahren und gegen Treu und Glauben behandelt, auch wenn die Regierung Arnold insoweit formell im Recht ist, als Lippe nicht auf der gesetzlichen Festlegung von Volksabstimmung und jener Punktation bestanden hatte.

Verantwortlich: Peter Raunau

Vereinfachung der Verwaltung bleibt auf der
Tagesordnung

Der stellv. Vorsitzende der SPD, Wilhelm Mellies, spricht am Donnerstagabend im Hessischen Rundfunk über die Notwendigkeit einer vereinfachter Verwaltung. Wir stellen seine Ausführungen mit der Bitte zur Verfügung, die Sperrfrist 11. August, 20 Uhr 45 zu beachten.

Sperr-
frist!

Nach den Ferien wird sich der Bundestag mit dem Antrag Drucksache 1383-betreffend Vereinfachung der Verwaltung-zu beschäftigen haben. In diesem Antrag wird die Einsetzung eines Elfer-Ausschusses gefordert zur Klärung der Frage, welche Möglichkeiten für eine Vereinfachung der Verwaltung bestehen und welche Wege dazu zu beschreiten sind.

Bei der Debatte über diesen Antrag wird es sicher zu einer großen Aussprache über die Verwaltungsreform kommen, und vielleicht wird man sich im Lande mit einem skeptischen Lächeln daran erinnern, dass über die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform in den verfloßeneren Jahren schon sehr viel Worte gemacht worden sind. In jedem Wahlkampf wurde von verschiedenen Parteien eine einfache und billige Verwaltung versprochen. Dieses Versprechen endete nach der Wahl in der Regel mit einer Vergrößerung der Kabinette. Fast in jeder Regierungserklärung klang das Thema an. Ministerpräsidenten verkündeten, dass ihr Kabinett mit der Verwaltungsreform stehe oder falle. Am Ende der Legislaturperiode stellte man fest, dass die Verwaltungsreform nicht gekommen, das Kabinett aber auch nicht gefallen war. Wer will es da den Wählerinnen und Wählern verdenken, wenn sie zu der Überzeugung kommen, dass es schade um die Zeit ist, die man verwendet, um über diese Frage zu diskutieren.

Notwendige Reform auf allen Ebenen

Und doch bleibt diese Frage auf der Tagesordnung. Die Größe unseres Verwaltungsapparates erfüllt alle Menschen mit einiger Sorge über die zukünftige Entwicklung. Eine Verwaltungsreform ist auch eine fortwährende Aufgabe; denn selbstverständlich geht es hier so wie immer im menschlichen Leben: wenn eine Sache erst einmal eingelauften ist, wird sie fortgeführt, auch wenn die Aufgabe inzwischen ganz oder doch größtenteils erledigt ist und die Verhältnisse sich gründlich gewandelt haben. Es ist daher ein alter, guter Grundsatz, dass jeder Arbeitsplatz in der Verwaltung mindestens alle fünf Jahre einmal daraufhin überprüft werden soll, ob er noch notwendig oder ob er arbeitsmäßig noch ausgelastet ist.

Aber eine Verwaltungsreform ist keine leichte Aufgabe und sie wird nur dann Erfolg haben, wenn sie mit dem notwendigen Ernst, der notwendigen Sachkenntnis und vor allen Dingen in dem notwendigen Umfang angefasst wird. Insofern werden die Antragsteller, die die Drucksache 1383 unterschrieben haben, an ihrem eigenen Antrag nicht viel Freude erleben. Es ist nicht möglich, eine Verwaltungsreform vom Bund aus allein durchzuführen. Wenn man zu einer echten

Erfolg kommen will, muss man die Dinge auf allen Ebenen, so auch bei den Ländern und den Gemeinden, sehen. Statt einen Ausschuss des Bundestages zu berufen, sollte man eine besondere Kommission einsetzen, der man die Aufgabe gibt, Richtlinien oder Leitsätze für die Verwaltungsreform auszuarbeiten. In dieser Kommission müssen Vertreter aller Ebenen sitzen und man sollte auch nicht vergessen, Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, begabte Organisatoren, usw. mit zu berufen.

Mindestgröße für Gemeinden

Eine Verwaltungsreform kann nur durchgeführt werden, wenn sie von unten nach oben geplant wird. Unten müssen so viele Aufgaben wie nur möglich erledigt werden. Das bedeutet aber, dass man dann auf der untersten Ebene, also bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden, auch die notwendige Verwaltungskraft sichern muss. Man muß sich dazu durchringen, dass man eine Mindestgröße für Gemeinden und Gemeindeverbände festzusetzen hat. Diese Mindestgröße wird in erster Linie gegeben sein durch die Festsetzung einer entsprechenden Einwohnerzahl. Bei den dünn besiedelten Gebieten muss noch ein zweiter Faktor, nämlich die regionale Abgrenzung, berücksichtigt werden, weil sonst für die Bevölkerung zu weite Wege entstehen würden. Hier werden bereits die ersten Schwierigkeiten beginnen; denn jede Gemeindeverwaltung und jede Kreisverwaltung wird den Nachweis liefern, dass gerade sie unentbehrlich sei. Gelingt es nicht, diese örtlichen Sonderwünsche zu überwinden, oder fühlt man nicht die Kraft dazu, sollte man ehrlicherweise von einer Verwaltungsreform nicht mehr so viel reden. Wenn es nicht gelingt, diese Frage zu meistern, werden alle Reformversuche nur Stückwerk bleiben.

Wenn so die notwendige Verwaltungskraft unten geschaffen ist und entsprechend viel Aufgaben nach unten verlagert werden können, wird es nicht mehr sehr schwer sein, sich über die Verteilung bei den anderen Instanzen zu verständigen. Dann kann man auch klarer und erfolgreicher diskutieren über die Frage, ob einige oder mehrere Instanzen überhaupt wegfallen können.

Einheitliches Haushaltschema in den Ländern

Daneben gibt es eine Reihe anderer Möglichkeiten, die Verwaltungsreform voran zu treiben. Einige Landesfinanzminister haben in den letzten Monaten den Gedanken erwogen, ein einheitliches Schema für die Haushalte der Länder auszuarbeiten. Da die Verwaltungen in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik verschieden organisiert sind, ist das sicher keine leichte Aufgabe; aber sie ist wirklich des Schweißes der Edlen wert. Dann würde sich nämlich eine echte Vergleichbarkeit der Verwaltungskosten in den einzelnen Ländern ergeben. Heute ist eine solche Feststellung nur mit außerordentlichen Schwierigkeiten durchzuführen und zu einer wirklichen Klarheit kommt man dabei kaum. Bei einem solchen einheitlichen Haushaltschema würden auch die Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern viel einfacher werden. Der Streit zwischen Bundesfinanzminister und Länderfinanzministern würde mit echten vergleichbaren Unterlagen ausgetragen werden können. Der sparsame Verwaltungs-

aufbau in dem einen oder anderen Lande, vielleicht auch nur auf dem einen oder anderen Verwaltungsgebiet, würde bei den Haushaltsdebatten in den anderen Ländern natürlich herangezogen und so einer indirekten Zwang für eine Verwaltungsvereinfachung ausüben.

In den letzten Jahren ist in Veröffentlichungen gelegentlich darauf hingewiesen worden, dass man in der Wirtschaft bei der Produktion zwar außerordentlich technisiere und rationalisiere, in den Büros der großen Betriebe werde aber zu einem sehr großen Teil noch nach Methoden von gestern und vorgestern gearbeitet. Ob das in diesem Ausmaß zutrifft, kann ich von mir aus nicht feststellen.

Rationalisierung der Verwaltungsarbeiten

In der öffentlichen Verwaltung ist es allordings so, dass man noch verhältnismäßig wenig rationalisiert hat und es trotz der Benutzung von modernen Büromaschinen zu einer echten neuen Durchorganisation der Verwaltung vielfach noch nicht gekommen ist. In der von mir angeregten Kommission für die Verwaltungsreform müßten deshalb auch Vertreter sitzen, die von der Rationalisierung der Verwaltungsarbeiten einiges verstehen. Fruchtbar würde es sicher auch sein, wenn man in eine größere Verwaltung einmal einen versierten Mann aus der freien Wirtschaft holen würde und ihn um ein Urteil über die Rationalisierung der Verwaltung bäte. Gewiss kann man das Prinzip der freien Wirtschaft nicht ohne weiteres auf die Verwaltung übertragen. Aber ein fortschrittlicher Mann aus der Wirtschaft und ein fortschrittlicher Mann aus der Verwaltung würden dann in einer gemeinsamen Diskussion sicher wertvolle Erkenntnisse für die Rationalisierung der Verwaltung erarbeiten.

Wünschenswert wäre es auch, wenn man den Versuch machte, einzelne Verwaltungen in stärkerem Ausmaße zu mechanisieren. Ich denke dabei an den erfolgreichen Versuch, der bei einem Finanzamt in Frankfurt/Main gemacht worden ist. Eine solche Mechanisierung eines Verwaltungsbetriebes würde wahrscheinlich auch den Gesetzgeber zu gewissen Überlegungen bei der Verabschiedung der Gesetze zwingen...

Zusammenfassend darf ich noch einmal feststellen:

- 1.) Die Verwaltungsreform ist eine dringende und wichtige Aufgabe, die von allen berufenen Stellen mit Ernst und Tatkraft angefasst werden sollte.
- 2.) Parlaments-Ausschüsse können diese Aufgabe nur sehr schwer lösen, weil sie in der Regel nur die eigene Ebene sehen. Man sollte deshalb eine besondere Kommission einsetzen, in der Vertreter aller Ebenen sitzen, und zu der man auch Kräfte aus der Wirtschaft und dem Organisationsleben zuzieht.
- 3.) Diese Kommission müßte davon ausgehen, dass mit der Verwaltungsreform unten begonnen werden muß und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass möglichst viel Aufgaben auf der untersten Ebene erledigt werden sollen.
- 4.) Das würde bedingen, dass in erster Linie Vorschläge gemacht werden, um auf der untersten Ebene die notwendige Verwaltungskraft zu sichern.

- 5.) So erarbeitete Richtlinien dieser Kommission würden für alle Verwaltungen und für alle Parlamente einen unausweichlichen Zwang darstellen, zu prüfen, wie weit ihre Verwaltungen diesen Richtlinien gerecht werden. Ein durchschlagender Erfolg würde in absehbarer Zeit sicher zu verzeichnen sein.
- 6.) Gelänge es, darüber hinaus zu einem einheitlichen Haushalts-schemata bei den Ländern zu kommen, und könnte eine Verständigung über die Durchführung der Mechanisierung in einzelnen Verwaltungszweigen erzielt werden, würde diese schwierige, aber doch so notwendige Aufgabe endlich ernsthaft in Angriff genommen werden und der Erfolg würde nicht ausbleiben.